



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

1011 Wien, Stubenring 1  
Fernschreib-Nr. 111145, 111780  
Fernkopierer 73 79 95  
Telefon 0222/7500 Durchwahl  
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Dr. Matousek / 5035

Geschäftszahl 15.253/3-Pr.7/89

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1016 Wien

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Kunsthochschul-Studiengesetz ge-  
ändert wird;

Ressortstellungnahme

Befristet	GESETZENTWURF
Z.	96 GE 9 PP
Datum:	17. JULI 1989
Verteilt:	21. Juli 1989

*Handwritten signature: J. Wauer*

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt sich,  
in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner an das Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung gerichteten Stellungnahme zum Entwurf des im  
Betreff genannten Bundesgesetzes zu übermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 10. Juli 1989

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Handwritten signature: Peyerl*



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

1011 Wien, Stubenring 1  
Fernschreib-Nr. 111145, 111780  
Fernkopierer 73 79 95  
Telefon 0222/7500 Durchwahl  
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:  
Dr. Matousek / 5629

Geschäftszahl 15.253/3-Pr.7/89

An das  
Bundesministerium für Wissenschaft  
und Forschung

Minoritenplatz 5  
1014 Wien

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Kunsthochschul-Studiengesetz ge-  
ändert wird;

Ressortstellungnahme

zu do. Zl. 59.243/7-18/89 vom 7.6.1989

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt sich,  
zu dem vorliegenden Gesetzesentwurf mitzuteilen, daß keine grundsätz-  
lichen Bedenken vorliegen.

Es darf jedoch angemerkt werden, daß im Rahmen der im Vorblatt des  
Gesetzesentwurfes enthaltenen kostenbezogenen Überlegungen die Frage,  
ob etwa durch die zusätzlich erforderlichen Lehrauftragsstunden ein  
eventueller quantitativer oder qualitativer Raummehrbedarf entsteht,  
nicht behandelt erscheint.

Es muß in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht werden, daß aus  
der vorliegenden Stellungnahme keine Zustimmung zum Einsatz von ho.  
Geldmitteln abgeleitet werden kann, sofern er nicht wegen Geringfügig-  
keit in den einschlägig laufenden ho. Krediten eine Deckung findet oder  
zu einer entsprechenden Erhöhung des in Betracht kommenden Hochbau-  
kredit führt.

Wien, am 10. Juli 1989  
Für den Bundesminister:  
J e l i n e k

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung: